

# **Digitales Brandenburg**

**hosted by Universitätsbibliothek Potsdam**

## **Ein Jahr Bewährung der Mark Brandenburg**

**Wilk, Werner  
Wagner, Rudi**

**Potsdam, 1946**

Polizei

**urn:nbn:de:kobv:517-vlib-1571**

waltung betreffen, entworfen oder maßgebend beeinflußt. Zahlreiche Gesetzentwürfe sind außerdem der deutschen Justizverwaltung für die sowjetische Besatzungszone vorgelegt worden. Dies geschah aus dem Bestreben, eine möglichst einheitliche gesetzliche Regelung für ganz Deutschland, wenigstens aber für die sowjetische Besatzungszone, herbeizuführen. Bedauerlicherweise hat keine dieser Vorlagen bisher zu einer einheitlichen Regelung geführt, was jeden Einsichtigen nur mit Sorge erfüllen kann.

Schließlich sei noch bemerkt, daß der Justizabteilung auch das *Standesamtswesen*, die *Staatsangehörigkeitsfragen* und die *Namensänderungen* zugewiesen sind. Die Aufgaben auf diesen Gebieten sind mannigfaltig und besonders im Hinblick auf die standesamtlichen Fragen unter den heutigen Verhältnissen recht schwierig. Es mag hier noch betont werden, daß die Arbeit der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg für zahlreiche andere deutsche Gebietsteile richtunggebend gewesen ist.

## OLIZEI

1945 in Wirksamkeit. Leitender Gesichtspunkt für ihre Arbeit war die Schaffung einer einheitlichen, festgefügtten, antifaschistisch absolut zuverlässigen, moralisch sauberen und gut disziplinierten Organisation, die anstelle der mit vielen Mängeln behafteten Improvisationen treten mußte. Die neue Polizei wurde in Zusammenarbeit mit den antifaschistischen Parteien aus antifaschistischen Nichtfachleuten unter Hinzunahme der wenigen Fachkräfte gebildet, die erwiesenermaßen politisch einwandfrei waren. Auch solche ehemaligen Polizisten, die nicht Mitglieder der NSDAP, aber der Hitlerschen Herrschaft dienstbar gewesen waren, wurden grundsätzlich abgelehnt. An dieser Aufbauarbeit waren die Dienststellen der Besatzungsmacht maßgebend beteiligt. Es wurde in den Städten der Begriff der Ortspolizei geschaffen, die unter dem Oberbürgermeister als verantwortlichem Ortspolizeichef stehend, sich in die Ordnungspolizei, die Kriminalpolizei und die Verwaltungspolizei gliedert.

Die uniformierte *Ordnungspolizei* hat außer dem regulären Polizeidienst (Streifen- und Postendienst bei Tag und Nacht) die Bewachung von 315 verschiedenen Objekten wie Brücken, Magazinen und besonderen wichtigen Anlagen, wie z. B. die des Landessenders usw., durchzuführen. Im verfloßenen Jahr sind rund 14 200 Razzien und Kontrollen durchgeführt und dabei bis Mitte September 1946 wegen strafbarer Handlungen 3917 Personen festgenommen. Mit dem Anwachsen der Aufgaben wurde im Laufe der Zeit der Personalbestand wesentlich vermehrt. Als Endergebnis wurde der Polizei eine Gesamtstärke von 6000 Polizisten, von denen 4600 auf die uniformierte Polizei entfallen, zugestanden. Die heutige Polizei setzt sich zu 90 % aus ehemaligen Industrie- und Landarbeitern zusammen. Die Ordnungspolizei wurde auch mit Erfolg zur Beseitigung von Sprengkörpern, für Absperrmaßnahmen bei Waldbränden usw. verwendet und im besonderen Maße gegen den „Schwarzen Markt“ eingesetzt. Es ist als ein Vertrauensbeweis der Besatzungsmacht zu der neuen Polizei zu werten, daß sie zum größten Teil mit Schußwaffen (Pistolen) ausgestattet worden ist.

Im Rahmen der Polizeiabteilung wurde im August 1945 die *Kriminalpolizei* ins Leben gerufen. Die ersten Maßnahmen, die zu einer Zusammenfassung

mit den schon in der Provinz bestehenden Kriminalpolizeistellen notwendig waren, wurden getroffen, um dann die kriminalpolizeiliche Arbeit in der ganzen Provinz Brandenburg einheitlich aufzubauen. In den 4 Bezirken der Provinz wurde je eine Kriminalinspektion geschaffen, die für die Kriminalpolizeistellen als Exekutiv- und Aufsichtsbehörde verantwortlich ist. In den Kreisen wurden dann Kreis-Kriminalkommissariate gebildet, die je nach der Stärke der Einwohnerzahl mit entsprechenden Kriminalbeamten besetzt wurden. Die kreisfreien Städte erhielten Kommissariate, die für die gesamte kriminalpolizeiliche Arbeit der Städte infrage kommen. Durch eine zentrale Ausrichtung der Kriminaldirektion in Potsdam war es möglich, allen Dienststellen in der Provinz die ersten notwendigen Hinweise auf eine fachliche Arbeit zugänglich zu machen, was als erste Aufgabe unbedingt wichtig war, da fast 90 % der Kriminalbeamten keine Fachleute waren. Für die Überwachung flüchtiger Verbrecher, entwichener Strafgefangener usw. wurde ein *Fahndungsapparat* nach neuzeitlichen Methoden aufgebaut, der jetzt schon so weit arbeitet, daß mit den Kriminalpolizeistellen in der Provinz und dem Polizeipräsidium in Berlin enge Verbindung besteht.

Die starke Kriminalität ist eine Hinterlassenschaft der Nazizeit, sowie eine Folge des von den Nazis entfesselten Krieges. Hierbei sei erwähnt, daß durch die Kriegereignisse Tausende von Schwerverbrechern aus den Zuchthäusern und Gefängnissen freigeworden waren. Man kann sich vorstellen, welche Gefahr dies für die Öffentlichkeit bedeutet, selbst auch, wenn sich nur noch der zehnte Teil dieser entwichenen Verbrecher auf freiem Fuß befinden sollte. Doch zur Beruhigung sei mitgeteilt, daß es der Polizei gelungen ist, den größten Teil dieser entwichenen Verbrecher wieder einzufangen.

Die Intensivierung der Kriminalpolizei, die im Verein mit der uniformierten Polizei den üblichen Patrouillen- und Streifendienst motorisiert durchführte und insbesondere in Zusammenarbeit mit den sowjetischen Kommandanturen die Autobahnen nachts kontrollierte, hatte als Ergebnis eine steigende Aufklärungsquote der schweren Verbrechen (Raubmord, Überfälle etc.) gezeitigt. Gleichzeitig ist ein Sinken in der Anzahl der verübten Verbrechen zu konstatieren.

In der Zeit vom 1. Januar 1946 bis zum 1. September 1946 beträgt die Aufklärungsquote für Morde 66,9 % und die der schweren Diebstähle 60 %.

Eine besonders traurige Erscheinung ist die Jugendkriminalität. Etwa 15 % aller straffälligen Personen hat das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht. Es ist keine Seltenheit, daß sich ehemalige Mitglieder der Hitlerjugend zur Begehung von Straftaten zusammengeschlossen haben.

Um die guten Leistungen der Kriminalpolizei noch erhöhen zu können, ist es nötig, das im Vollzugsdienst eingesetzte Personal einer möglichst schnellen und gründlichen Ausbildung zu unterziehen. Die Bearbeitung kriminalpolizeilicher Ermittlungsvorgänge weist bei dem heutigen Ausbildungsstamm der Sachbearbeiter oft Lücken auf, so daß bei Vermeidung der Fehler der Ermittlungserfolg hätte eintreten können. Durch den zurzeit in Bearbeitung befindlichen organisatorischen Aufbauplan der Landeskriminalpolizei wird ihre straffe Zusammenfassung in Bezug auf die Verbrechenbekämpfung angestrebt.

Auch die *Verwaltungspolizei* entwickelte eine vielseitige Tätigkeit. Das materielle Polizeirecht ist von den verschiedenen Zweigen der Verwaltungspolizei durch erlassene Verordnungen im demokratischen Geist gestaltet und so

der neuzeitlichen Anwendung dienstbar gemacht. Aufgrund der geschaffenen Etats wurde für das Jahr 1946 ein Haushaltsplan für die Polizei durchgeführt. Eine Dienststrafordnung wurde ausgearbeitet. Auf dem Gebiete des Meldewesens sind wichtige Regelungen getroffen worden und nicht nachgelassen wurde in der Arbeit auf dem schwierigen Gebiete der Bekleidung und Ausrüstung der Polizei.

Für die Belegung des Kraftverkehrs wurden auf Anordnung der SMA für den Kraftwagenverkehr polizeiliche Erkennungszeichen in der Nummernreihe BP 1 bis 25 000 und für den Motorradverkehr in der Nummernreihe BP 1 bis 5000 hergestellt. Hiervon sind bis Mitte September 23 400 für Kraftwagen und 3700 für Motorräder auf die 31 Kraftfahrzeugezulassungsstellen der Provinz verteilt worden.

Nach einer Anordnung der SMA im September 1945 sind die Vorarbeiten zur Ausgabe von Inlandpässen an die gesamte deutsche Bevölkerung und von vorläufigen fremden Ausweisen für Ausländer und Staatenlose durchgeführt worden. Im Zusammenhang damit mußte die gesamte Bevölkerung der Provinz statistisch erfaßt werden.



Eine rege polizeiliche Tätigkeit wurde auf verkehrspolizeilichem Gebiet entwickelt. Die weibliche Verkehrspolizei hat sich gut bewährt.

Eine Mitte Juli abgehaltene Verkehrserziehungswoche wirkte sich günstig aus.

Die Gesundheits- und Veterinärpolizei ergriff strengste Maßnahmen zum Schutze der menschlichen Gesundheit. Um einer Verbreitung von Seuchen und ansteckenden Krankheiten wirksam zu begegnen, wurden unter Verantwortung der Gesundheitsämter Quarantäne- und Flüchtlingslager eingerichtet, Kontrollen durchgeführt, um Lebensmittelverunreinigungen und Fälschungen festzustellen. Und nicht zu vergessen sind die rund 1265 Razzien nach Geschlechtskrankheiten, bei denen etwa 16 700 Personen festgenommen wurden. Außerdem liefen 355 Anzeigen über Geschlechtskranke bei der Polizei ein. Über die Hälfte dieser erschreckenden Ziffern ist das Resultat der letzten 4 Monate, festgestellt durch den verstärkten Einsatz der Polizei im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten laut Befehl Nr. 300 der SMA vom Februar 1946.

Die Gewerbe- und die in den einzelnen Orten eingesetzte Kreispolizei — zum Teil in Verbindung mit Frauenausschüssen — führen laufend Kontrollen in den Lebensmittelgeschäften, Bäckereien, Fleischereien und Gaststätten durch. Überall dort, wo Lebensmittel schlecht gelagert oder die Betriebe unsauber waren, wurden Belehrungen oder Verwarnungen erteilt, in schweren Fällen Geldstrafen auferlegt oder der Betrieb bis auf weiteres geschlossen. Auf saubere, zweckentsprechende Kleidung aller in den Betrieben beschäftigten Angestellten wird besonders geachtet. Seit Ende April 1946 — nach Herausgabe des Befehls Nr. 105 des Chefs der Sektion für Innere Angelegenheit — wurden diese Kontrollen in bedeutend verstärktem Maße durchgeführt mit folgendem Ergebnis:

kontrollierte Lebensmittelgeschäfte und Herstellerbetriebe	19 207
wegen Unsauberkeit geschlossene Geschäfte und Betriebe	34
dem Gericht übergebene Fälle	48

mit Geldstrafen belegt . . . . .	146
verwarnt . . . . .	245
kleinere Beanstandungen . . . . .	301
bakteriologische Kontrollen . . . . .	2 099
ausgegebene Gesundheitspässe . . . . .	16 542

Der Wasserordnungspolizei untersteht die Sicherung der Wassertransporte, sowie die Bewachung der Ufer- und Bühnenanlagen und der Deiche. Neben den Aufgaben, die der Wasserordnungspolizei aus der deutschen Binnenschiffahrtsverordnung erwachsen, wie beispielsweise die Überwachung des vorschriftsmäßigen Setzens der Lichter und Zeichen, handelt sie auch als Exekutivpolizei und zur Unterstützung der Kriminalpolizei. Die bei den Schiffskontrollen gefundenen Hamsterwaren fallen, ebenso wie auf der Landstraße, der Beschlagnahme anheim.

Um dem Mangel an geschulten Kräften abzuhelpfen, wurden die Provinzialpolizeischule Biesenthal und weitere 4 Bezirksschulen sowie 4-wöchentliche Polizeilehrgänge in Potsdam errichtet, die für den geeigneten Nachwuchs Sorge tragen. Neben einer gründlichen fachlichen Ausbildung wird größter Wert auf politische Schulung gelegt.

Von Anfang an bestand die Gefahr, daß sich kriminelle und nazistische Elemente getarnt in den Polizeiapparat einschleichen würden. Obwohl diese Gefahr klar erkannt wurde, ist es hin und wieder doch vorgekommen, wie in den letzten Monaten durch mehrere Prozesse gegen korrupte Polizeiangeestellte bekannt geworden ist. Deshalb war es nötig, den gesamten Personalbestand der Polizei zu überprüfen, und dieses Verfahren hat sich auch voll und ganz bewährt. Die alten Polizeikräfte unterliegen sowieso in fachlicher als auch in politischer Hinsicht einer dauernden Kontrolle. Der Aufbau einer Personalkartei ist abgeschlossen, und die Waffenkartei geht ihrem Abschluß entgegen. Schädlingen und politisch Unzuverlässigen wird es in Zukunft nicht mehr leicht sein, in die demokratische Volkspolizei einzudringen. Große Aktivität entfaltete besonders die Ordnungspolizei bei der Beschlagnahme von unrechtmäßig erworbenen oder gehamsterten Lebensmitteln, von denen Anfang Januar bis Mitte September 1946 folgende Mengen beschlagnahmt wurden:

rund	1 000 Ztr. Kartoffeln,
über	50 000 kg Mehl,
	12 250 kg Nährmittel,
	2 650 kg Fleisch,
	260 kg Fett,
	190 kg Zucker,
über	5 000 Eier, sowie
	45 000 kg Obst.

Die beschlagnahmten Lebensmittel wurden Ernährungsämtern, Krankenhäusern, Kinderheimen usw. zur Verfügung gestellt. Die Marmeladenfabriken sind fortlaufend mit dem von der Polizei beschlagnahmten Obst beliefert worden.

Wenngleich die Polizei um die Behebung von eigenen Mängeln bemüht sein muß, so kann doch abschließend festgestellt werden, daß in der rückliegenden kurzen Zeit ein Polizeiapparat geschaffen wurde, der schlagfertig und diszipliniert sich immer mehr zu einem treuen und ergebenen Hüter der neuen Demokratie entwickelt.